

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seszenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstützengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstützengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinste Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gestaltete Zeile 30 Pfennige.

Tele-Adr.: Amtsblatt.

Sernsprecher Nr. 210.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Nr. 166.

60. Jahrgang.
Sonntag, den 20. Juli

1913.

In dem Parterre- und im ersten Stock des Rathhauses sind neue Gasleuchten, Gaslocher usw. ausgestellt worden. Die Ausstellung kann während der üblichen Dienstzeit besichtigt werden. Nachmittags von 5-6, Sonnabends von 4-5 Uhr, ist der mit der Verwaltung der Ausstellung beauftragte Installateur, Herr Dylka, selbst anwesend, um auch mit anderen Auskünften dienen zu können.

Eibenstock, den 6. Mai 1913.

Der Stadtrat.

Eine Besserung der Lage am Balkan?

Ein Gegenstück zu Preußens schwerster Zeit in den Jahren 1806 und 1807, da die Königin Luise den harten Unterdrückungen um die Belassung von Magdeburg bat, bildet Bulgarien. Wir meldeten gestern schon, daß König Ferdinand sich, um Frieden bittend, außer an König Carol auch an andere europäische Staatsoberhäupter gewandt hatte. Heute kommt die ergreifende Meldung, daß auch die bulgarische Königin Elena für ihr Volk um Frieden bittend, sich an „Caesarin Sylva“ gewandt hat:

Bukarest, 18. Juli. Dem „Universal“ zufolge, richtete die Königin Eleonore von Bulgarien an die Königin Elisabeth ein Telegramm, worin sie um ihre Intervention um Frieden bittet. Die Königin von Rumänien antwortet: mit der Versicherung, daß die rumänischen Truppen bisher mit größter Schonung für die bulgarische Bevölkerung vorgegangen seien, was auch weiter der Fall sein werde.

Im allgemeinen ist eine Besserung der Lage am Balkan zu verzeichnen. Die Rumänen scheinen nicht weiter vorrücken zu wollen, und auch die Türken sollen sich, wahrscheinlich infolge eines deutlichen Windes mit dem Zumpfsahl von russischer Seite her, von Vüle-Burgas wieder zurückgezogen haben:

Petersburg, 18. Juli. Der Vormarsch der Türken auf Adrianopel beschäftigt eingehend die russische Regierung, welche im Verlauf der türkischen Bewegungen Christenmassaker befürchtet. Die russische Diplomatie wird sich an die Mächte wenden, um die Wege zu beraten, die geeignet erscheinen, die Aktion der türkischen Truppen einzuschränken.

Konstantinopel, 18. Juli. Der russische Botschafter überreichte der Pforte neuerdings eine energische Note seiner Regierung, in welcher kategorisch verlangt wird, daß Rußland eine Ueberschreitung der Linie Midia—Enos absolut nicht dulden werde, und entschlossen sei, eventuell Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung des Londoner Friedensvertrages zu erzwingen. Infolgedessen hat gestern ein Ministerrat stattgefunden, in welchem, wie verlautet, sehr wichtige Entscheidungen gefaßt wurden.

Sofia, 10. Juli. Nach hier eingetroffenen Meldungen haben die Rumänen Warna und Ruschka wieder geräumt und die weitere Vorrückung auf Wratja eingestellt. Wie weiter verlautet, haben sich die Türken von Vüle-Burgas wieder auf die Grenzlinie Midia—Enos zurückgezogen.

Ein weiterer Grund zur Beruhigung bildet auch der Umstand, daß es verhältnismäßig schnell gelungen ist, ein neues bulgarisches Kabinett zu bilden:

Sofia, 18. Juli. Das neue Kabinett ist gebildet. Radoslowow übernimmt das Präsidium und Shenabiew das Aeußere.

Eine Verkennung der Tatsachen wäre aber die Annahme, daß Serben, Griechen und Rumänen von ihren Forderungen im Interesse des Friedens Abstriche zu machen bereit wären. Ein baldiger Friedensschluß wird nur zustande kommen, wenn Bulgarien sich in vollem Maße nachgiebig erweist. Uns wird gemeldet:

Belgrad, 18. Juli. Das Resultat der Beratungen zwischen Pafitsch und Benizelos in Uesklab ergab, daß Bulgarien durch Vermittelung Rußlands aufgefordert wurde, so rasch wie möglich einen Delegierten zu den direkten Verhandlungen zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes und eines Präliminarfriedens auf dem Schlachtfelde zu entsenden. Falls Bulgarien sich weigern würde, soll die Armee Befehl erhalten, auf Sofia zu marschieren. Die Grenzregelung, welche Serbien an der alten serbisch-bulgarischen Grenze verlangt, soll in dem Sinne erfolgen, daß Serbien den Beginn der Adriabahn in die Hände bekommt, und zwar im Einvernehmen mit Rumänien, welches seine Bahnen an die Adriabahn anschließen würde.

Bukarest, 18. Juli. Der Zeitung „Universal“ zufolge, hat die Antwort König Carols auf das Te-

legamm des Zaren Ferdinand dahin gelautet, daß Bulgarien die Bedingungen angeben möge, unter denen es die Friedenspräliminarien nicht nur mit Rumänien, sondern mit allen Kriegführenden zu unterzeichnen wünsche. Die Unterzeichnung könnte nur gleichzeitig mit allen Kriegführenden erfolgen. Für dann könne die Einstellung der Feindseligkeiten angedenkt werden. Eine offizielle Befätigung dieser Meldung liegt nicht vor.

Paris, 18. Juli. Aus Bukarest wird gemeldet: Die rumänische Regierung hat die Mächte wissen lassen, daß sie nicht die Absicht hat, den Vormarsch auf Sofia durchzusetzen. Die rumänische Intervention habe nur den Zweck, Bulgarien zu veranlassen, sich mit seinen Besitzern zu einigen. Weiter hat die rumänische Regierung mitgeteilt, daß sie bereit sei, Vertreter nach Risch oder jeder anderen Stadt zu entsenden, wo die Friedensbevollmächtigten zusammentreten sollen.

Unter diesen Umständen wird man die nachstehende Drahtmeldung mit größtem Vorbehalt aufnehmen müssen:

Paris, 18. Juli. Die „Abert“ schreibt: Die rumänische Ostarmee, welche auf Sofia marschiert, ist bei Compalanka mit der ersten bulgarischen Armee zusammengestoßen. Eine Schlacht ist im Gange. Ueber bulgarische Grenzboten weiß eine Meldung, die über Italien kommt, zu berichten:

Mailand, 18. Juli. Der Sonderberichterstatter des „Secolo“ telegraphiert seinem Blatte aus Saloniki, er habe sich im Kraftwagen nach Demir Hisar begeben und von den dortigen Ghawharen erfahren, bulgarische Soldaten hätten im Beisein ihrer Offiziere dem Metropoliten und 2 Papen die Augen ausgerissen und die Hände abgehackt. Drei Frauen und zwei Kinder seien niedergemetzelt worden. In Saloniki werde die Anzahl der von den Bulgaren niedergemetzelten Mohammedaner auf 100.000 geschätzt.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Besuch des Deutschen Kaisers in England. Führende englische Zeitungen wissen zu melden, daß, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, die Königin von England mit ihrer Tochter Mary am 12. August eine Reise nach Deutschland antreten wird, um ihrer Tante, der Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz, einen Besuch abzustatten. Auch der Prinz von Wales soll sich diesem Besuch anschließen. Der Aufenthalt in Deutschland ist auf 3 Wochen berechnet. Wie „Daily Mail“ weiter zu berichten weiß, ist der Besuch des deutschen Kaiserpaares am englischen Königshof bestimmt für das nächste Frühjahr zu erwarten. Der Deutsche Kaiser soll nach der genannten Quelle auch vor einiger Zeit in den englischen König einen eigenhändig geschriebenen Brief gerichtet haben, in dem der Kaiser die gegenwärtige Lage Europas einer Kritik unterzieht und seine Freude darüber zum Ausdruck bringt, daß es den Diplomaten in der Wilhelmstraße geglückt sei, in diesen kritischen Tagen mit dem englischen Ministerium des Aeußeren in vollem Einklang sich zu befinden, so daß man um den Frieden unter den Großmächten nicht besorgt zu sein brauche.

Die Frage einer Verzichtserklärung des Prinzen Ernst August. Die „Königliche Zeitung“ meldet aus Berlin zu der Nachricht der Donau-Zeitung, nach der neue Verhandlungen mit dem Prinzen Ernst August von Cumberland über eine endgültige Verzichtleistung auf Hannover angeleitet worden seien: Eine Klärung kann erst dann erfolgen, wenn der Bundesrat wieder zusammentritt und zu dem neuen Antrag in der braunschweigischen Frage Stellung genommen haben wird. Vor dem Ferienantritt hat der Bundesrat in dieser Frage irgend etwas Neues weder beschlossen, noch erörtert.

Die bayerische Thronfolge. Aus München läßt sich die Berliner Zeitung melden, daß

die Frage der Thronbesteigung des Prinzregenten Ludwig im Herbst von neuem aufgerollt werde. Freiherr von Hertling habe sich jetzt der Zustimmung des Zentrums versichert, wenigstens herrschen im Zentrum jetzt weniger Bedenken. Möglich ist es aber auch, daß Dr. Heim dem von ihm gehaltenen Ministerpräsidenten einmal wieder einen Strich durch die Rechnung macht.

Keine Erklärung des Prinzen Max von Sachsen über die Balkanpolitik. Die „Königliche Zeitung“ meldet aus Dresden: Prinz Max von Sachsen hat dem König von Sachsen auf seine Anfrage, betreffend die Meinung eines Wiesbadener Blattes, geantwortet, daß er weder über die österreichisch-ungarische Balkanpolitik, noch überhaupt mit einem Vertreter der Presse gesprochen habe. Daß der in England weilende andere Bruder des Königs, Prinz Johann Georg, Mitteilungen gemacht habe, erscheint gänzlich ausgeschlossen.

Beisehung der Opfer der Torpedobootkatastrophe. In Wilhelmshaven wurden nach einer ergreifenden Trauerfeier, der zahlreiche Offiziere und Mannschaften der Marine beiwohnten, von den 16 aus dem Wrack des Torpedoboots „S. 178“ geborgenen Leichen zwölf in einer gemeinsamen Gruft auf dem Marinefriedhof beerdigt. Vier Särge wurden zur Beisehung in der Heimat nach dem Bahnhof geleitet. Tausende von Menschen umstanden die Straßen, durch die der Zug ging.

Die Kruppaffäre vor dem Kriegsgericht. Einer offiziellen Korrespondenz hat man aus dem Kriegsministerium erklärt, daß die Nachricht, die gerichtliche Verhandlung gegen das in die Krupp-Angelegenheit verwickelte Personal der Dresdes-Verwaltung solle auf ausdrücklichen Wunsch des Kriegsministers unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden, nicht zutrifft. Die Entscheidung über Ausschluß der Öffentlichkeit liegt vielmehr ausschließlich in dem freien Ermessen des erkennenden Gerichtes, ebenso wie dies bei den bürgerlichen Gerichten der Fall ist. Ein Schweigebefehl an die militärischen Zeugen ist nicht ergangen.

Werftarbeiterstreik in Kiel. Einem am Donnerstag gefaßten Beschluß gemäß ist die Mehrzahl der Arbeiter auf der Germania-Werft und den Howaldtswerken in Kiel am Freitag nicht zur Arbeit erschienen. Die Kaiserliche Werft ist von der Streikbewegung noch verschont.

Schweiz.

Die Affäre des Fremdenlegations Müllers. Die Schweizer Regierung hat beschlossen, sich mit dem Falle des Fremdenlegations Müllers zu beschäftigen, welcher, wie bekannt, vor einiger Zeit in Afrika säkularisiert wurde.

England.

Bewilligung des englischen Flottenetats. Im Laufe der Marinedebatte am Donnerstag im englischen Unterhause kritisierte, nachdem Churchill eine diesbezügliche Rede gehalten hatte, der Unionist Lee das Bauprogramm und sagte, daß die Beschleunigung des Baues von drei Schiffen in diesem Jahre in Wirklichkeit im Jahre 1916 zur keinen Unterschied machen werde. Churchill habe einen Mangel an Beständigkeit gezeigt und habe nicht das getan, was er versprochen habe. Die Opposition sei mit dem gegenwärtigen Stande des Bauprogramms nicht zufrieden. Der Führer der Arbeitspartei, Ramsey MacDonald, fragte, was aus den Verhandlungen mit Deutschland hinsichtlich eines Feiertages für die Marinereparaturen geworden sei, und so man einem solchen Feiertage näher gekommen sei. Marineminister Churchill erklärte in Erwiderung auf verschiedene Fragen, daß mit dem Luftschiffwesen der Marine erhebliche Fortschritte gemacht worden seien. Der „Parasval“, ein Muster deutscher Vertiefungsfähigkeit, habe seine Probefahrt mit Erfolg abgelegt und habe eine Geschwindigkeit von 42 Meilen aufrechterhalten. Zwei große starke Luftschiffe seien im Bau begriffen. Der Etat für die Schiffsbauten wurde vom Hause angenommen.